



Newsletter

März II 2019

Liebe Leserin, lieber Leser,

der Brexit war in der letzten Woche mal wieder das dominierende Thema – kein Wunder, schließlich sollte er eigentlich am 29. März vollzogen werden. Wie Sie wissen, geht es in die Verlängerung, allerdings maximal bis zum 22. Mai. Ich hoffe ja nach wie vor auf ein Exit von Brexit.....

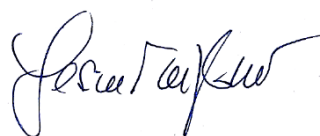
Hunderte von Emails, Anrufen und Briefen haben wir in den letzten Wochen bekommen in Sache europäischer Reform des Urheberrechts. Das „freie Internet“ ohne Zensur und Uploadfilter ist nicht nur Wunsch vieler Jugendlicher, sondern auch von Startups, Journalisten, Unternehmern, Wissenschaftlern und Vertretern des Kreativsektors. Nun liegt die Abstimmung vor – für viele (auch für mich) nicht zufriedenstellend.

Vom 18. bis 20. März waren für mich „Ocean days“, gekrönt durch die 1. große internationale Meereskonferenz im Plenarsaal des Parlaments mit über 1000 Teilnehmern und „gewebstreamed“, also im Netz übertragen.

Und dann läuft weiter der Countdown – für diese Amtsperiode generell und besonders für alle, die wie ich nicht wieder kandidieren. Die Abstimmungen häufen sich, vieles soll noch vor der Wahl erledigt und auf den Weg gebracht werden. Und dann wird nach 20 Jahren das Parlamentsgebäude renoviert – dummerweise beginnend ausgerechnet in meinem Stockwerk, so dass ich mit meinem Team mein Büro schon bis Mitte April geräumt haben und einen Behelfsarbeitsplatz einnehmen muss, vor Ende des Mandats am 1. Juli. Ruhiger Ausklang ist anders...

Auch sonst ist noch viel los bei meinen Themen, hier wieder aktuell kommentiert.

Viel Spaß beim Lesen!



Inhalt

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Historische Abstimmung für Ende der Zeitumstellung	<i>Seite 2</i>
CO2-Flottengrenzwerte zu PKW und LKW	<i>Seite 2</i>
Chance auf eine zielführende EU-Urheberrechtsreform leider versäumt	<i>Seite 4</i>
Plenum bestätigt Gesetz zu Einweg-Plastik: EU setzt Zeichen gegen Vermüllung der Meere	<i>Seite 4</i>
Entschließung zu „Dieselgate“	<i>Seite 5</i>

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Spitzenteam der ALDE Partei vorgestellt	<i>Seite 6</i>
„Ozean-Tage“ in Brüssel:	<i>Seite 6</i>
Ocean Dialogue mit jungen Wissenschaftlern	
1. internationale Meereskonferenz im Plenarsaal des Europaparlaments	
Erfolgreiche Projekte: Marina und ResponSEAble	

III. Aus Deutschland und aller Welt

Hildesheim: Klima, Copyright, Frauennetzwerk	<i>Seite 8</i>
Paris: AtlantOS-Konferenz bei der UNESCO	<i>Seite 8</i>
Hameln: Brexit, Reform der EU und Plastikmüll	<i>Seite 8</i>

IV. Terminvorschau

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Historische Abstimmung für Ende der Zeitumstellung

Die Abgeordneten haben letzte Woche mit deutlicher Mehrheit für ein Ende der Zeitumstellung gestimmt und sind damit dem Vorschlag des Transportausschusses gefolgt. Demnach soll die Zeit letztmalig im Herbst 2021 umgestellt werden. So können auch Fahrpläne etc. mit genügend Vorlauf angepasst werden. Bis dahin sollen die Mitgliedstaaten entschieden haben, ob sie in Zukunft die Sommer- oder Winterzeit beibehalten wollen. Das sollte in enger Abstimmung mit den Nachbarländern geschehen, um ein Zeitzonen-Chaos innerhalb der EU zu vermeiden.

Die Vorteile der Umstellung auf Sommerzeit haben sich in der Praxis nicht bewährt. Was abends an Strom gespart wird, weil es länger hell ist, wird morgens für Heizung und Licht wieder verbraucht, weil es länger dunkel ist. Unfälle, die man abends wegen längerer Helligkeit vermeidet, passieren dafür morgens, wenn die Kinder zur Schule gehen. Zusätzlich leiden viele Menschen und Nutztiere teilweise über Wochen an den Folgen der Zeitumstellung, weil ihr Biorhythmus durcheinander gerät. Chronobiologen wurden für entsprechende Erkenntnisse mit dem Nobelpreis ausgezeichnet. Länder wie China und Russland haben nach einigen Jahren die Zeitumstellung wieder abgeschafft, weil sie mehr geschadet als genutzt hat. Warum sollte Europa das nicht ebenfalls tun? Deswegen ist es ein historischer Schritt, dass zwei Drittel der Europaabgeordneten für ein Ende der Zeitumstellung gestimmt haben.

Ich engagiere mich, seit ich im Europaparlament bin, in einer überfraktionellen Arbeitsgruppe, die sich seit Jahren für die Abschaffung der Zeitumstellung einsetzt. Auf Initiative dieser Gruppe wurde die Kommission im Februar 2018 mit einer Parlamentsresolution aufgefordert, die Praxis der Zeitumstellung zu überprüfen. Nach einer öffentlichen Konsultation, an der 4,6 Millionen Bürger teilnahmen und sich 84% für ein Ende der Umstellung aussprachen, hat die Kommission im September 2018 einen entsprechenden Gesetzesvorschlag veröffentlicht. Der Ministerrat hat sich dazu bisher noch nicht positioniert. Weitergehen in Trilogverhandlungen kann es also erst mit dem neuen Parlament.

CO2-Flottengrenzwerte zu PKW und neue leichte Nutzfahrzeuge

Am Mittwoch hat das Parlament dem Trilogergebnis zu den neuen CO2-Flottengrenzwerten für PKW und neue leichte Nutzfahrzeuge zugestimmt. Bereits kurz vor Weihnachten konnten sich Parlament und Rat auf neue Reduktionsziele für den CO2-Ausstoß ab 2025 einigen. Diese liegen bei 15 Prozent weniger Ausstoß bezogen auf die Grenzwerte von 2021. Dies entspricht dem Vorschlag der Kommission. Das Parlament hatte in seinem Standpunkt 20 Prozent Reduktion gefordert. Für 2030 soll die Reduktion 37,5 Prozent betragen. Die Kommission hatte hier 30 Prozent vorgeschlagen, das Parlament forderte 40 und einige Abgeordnete sogar noch utopischere Werte von 50 oder 70 Prozent. Die Forderung nach 50 Prozent Reduktion wurde auch von zahlreichen deutschen SPD-Abgeordneten erhoben. Zwar ist das beschlossene Reduktionsziel weniger ambitioniert als das, was das Parlament gefordert hat. Allerdings ist es immer noch sehr, wenn nicht zu ambitioniert. Ein solches Ziel wird nicht ohne einen Technologie-Umbruch zu Elektroautos zu erreichen sein. Das wird sicherlich mit Stellenabbau bei den Auto-Herstellern einhergehen, wie etwa bereits kurz nach dem Beschluss von VW verkündet wurde.

Die Elektro-Quote – d.h. die verbindliche Vorgabe, wie hoch der Anteil von E-Autos in der Produktion eines Autobauers sein muss - ist erfreulicherweise vom Tisch. Spannend wird es noch einmal im Jahr 2023, wenn das 2030-Ziel und andere Aspekte der Regulierung überprüft werden sollen.

Die FDP fordert seit langem die Einbeziehung des Straßenverkehrs in den Emissionshandel und somit die Abschaffung der CO2-Grenzwerte, da der Emissionshandel den deutlich technologieutraleren Ansatz

liefert und generell marktbasierend ist. Darum haben wir in der Vergangenheit gegen jede Verschärfung der Ziele gestimmt. Da eine Revision des Emissionshandels zurzeit aber nicht zur Debatte steht, hätten wir den Zielen, die die Kommission vorgeschlagen hat, zustimmen können, jedoch nicht deren Verschärfung. Bei der Abstimmung am Mittwoch haben wir Freien Demokraten uns im Europäischen Parlament enthalten, während alle großen Fraktionen dem Gesetz zugestimmt haben, inklusive aller Abgeordneten von CDU/CSU und SPD.

Chance auf eine zielführende EU-Urheberrechtsreform leider versäumt

Letzten Dienstag war es endlich soweit: trotz der vielen Protestaktion der Bürger, aber auch der Aufrufe der Politiker, den verhandelten Text wieder zu überdenken, ist der Gesetzesvorschlag zur Reform des EU-Urheberrechts durch das Europäische Parlament angenommen worden.

Zwar war eine Reform des EU-Urheberrechts längst fällig, allerdings hätten wir Freien Demokraten sie uns anders erhofft als die, die jetzt in Kraft treten wird. Ein reformiertes Europäisches Urheberrecht sollte dafür sorgen, dass geistiges Eigentum besser geschützt wird, ohne dabei die Presse- und Meinungsfreiheit zu gefährden. Im digitalen Zeitalter ist Urheberrecht eine notwendige Voraussetzung zur nachhaltigen Förderung kreativer Tätigkeit und Kultur. Gleichzeitig ist das Internet ein wertvolles Medium zum Ausdruck der Meinungsfreiheit. Trotz der teilweise guten Maßnahmen, die die jetzige Reform mit sich bringen wird, stellt Artikel 13 (in der Abstimmung Art. 17) dieses Gleichgewicht jedoch in Frage. Auch wenn Upload-Filter im Artikel nicht explizit erwähnt sind, werden Plattformen durch das neue Haftungsregime quasi dazu gezwungen eine Infrastruktur zu installieren, wonach Inhalte bereits vor der Veröffentlichung auf Online-Plattformen geprüft werden müssen. Da es fast unmöglich ist, legale und illegale Inhalte im Internet automatisiert zu unterscheiden, besteht eine Zensurgefahr. Das ist für die Freien Demokraten eine rote Linie.

Trotz der unglücklichen Abstimmung - aber auch das ist Teil einer Demokratie - hat die energische Diskussion rund um dieses Thema in den letzten Woche auch etwas Positives bewirkt: es hat wieder mal gezeigt, dass das Interesse für europäische Politik bei vielen Bürgern und Bürgerinnen sehr präsent ist, wenn sie damit konfrontiert werden. Außerdem ist es ein Aufruf an Politiker in Deutschland und in Europa, sich mit dem Thema Digitalisierung in der Zukunft noch mehr auseinander zu setzen. Es ist längst kein einfaches Zukunftsthema, sondern bezeichnet, spaltet und bewegt unsere Gesellschaft schon heute.

Plenum bestätigt Gesetz zu Einweg-Plastik: EU setzt Zeichen gegen Vermüllung der Meere

Am Mittwoch hat das Parlament das Gesetz zur Reduzierung von Einweg-Plastik mit großer Mehrheit angenommen. Damit setzen wir ein klares Zeichen gegen die Vermüllung der Meere. Die Ansammlung von Plastikmüll in den Meeren hat ein bedrohliches Ausmaß angenommen, das den Lebensraum Ozean - 70 % unseres Planeten - massiv gefährdet. Plastik hat unser Leben erleichtert und ist aus dem Alltag kaum wegzudenken, aber mit zum Teil gravierenden Folgen. Gerade die EU als wichtiger Plastikproduzent und -konsument ist mit in der Verantwortung. Plastik reichert sich zunehmend in der Nahrungskette an und gefährdet so letztlich unsere Gesundheit. Über 150 Millionen Tonnen Plastik verschmutzen derzeit die Weltmeere. Neben den Schäden für die Umwelt hat die Verschmutzung der Meere und Küsten mit Plastikartikeln auch enorme wirtschaftliche Folgen. Allein in der EU werden die Folgekosten etwa für den Fischerei- und Tourismussektor auf 259 bis 695 Millionen Euro jährlich geschätzt.

Die Ursachen des Problems sind die schlechte Müllentsorgung sowohl in vielen Entwicklungsländern als auch in europäischen Küstenregionen sowie die nicht sinnvolle Verwendung eines derart haltbaren Materials wie Plastik für den einmaligen Gebrauch. Die bisherige Nutzung und äußerst geringe Wiederverwertung von Plastik ist nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch falsch. Die Einigung über eine drastische Reduzierung der Einwegartikel aus Plastik sollte daher als eine Chance für Innovation und Startups verstanden werden. Schon heute gibt es erste Alternativprodukte hergestellt aus Algen oder anderen pflanzlichen Rohstoffen. Mit einer konsequenten Umsetzung der Richtlinie durch die Mitgliedstaaten hat die EU die Chance, nicht nur Vorreiter für einen konsequenten Schutz der Meere zu werden, sondern auch bei der Produktion neuer, nachhaltiger Materialien für den Kaffeebecher zum Mitnehmen oder die Salat-schale im Supermarkt.

Dass die Produzenten zu einer besseren Aufklärung der Verbraucher verpflichtet werden ist gut. Dass sie aber auch für das Aufsammeln weggeworfener Einwegprodukte zahlen sollen, halte ich für überzogen.

Das Parlament hat das Trilogergebnis zum Gesetz bestätigt. Jetzt muss der Rat noch formal dem Gesetzesentwurf zustimmen. Dies wird für April erwartet.

Entschließung zu „Dieselgate“

Immer noch sind viele Bürgerinnen und Bürger über den Skandal bei den Abgasmessungen zu recht verärgert. Das Plenum des Parlaments hat hierzu diese Woche eine Entschließung verabschiedet. In dieser Resolution ging es vor allem darum, wie die Rückholaktionen in den EU-Mitgliedsstaaten durchgeführt werden sollen, sowie um zukünftige Marktüberwachungskriterien der Mitgliedsstaaten. Der Entschließungsantrag ist rechtlich nicht bindend.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Spitzenteam der ALDE Partei vorgestellt

Anders als die meisten anderen europäischen Parteienfamilien hatten sich die Liberalen entschieden, nicht einen einzelnen Spitzenkandidaten, sondern ein Spitzenteam für die Europawahl zu nominieren. Am 21. März war es endlich soweit, das 7köpfige Team wurde in Brüssel der Öffentlichkeit vorgestellt. Darunter bekannte und erwartete Gesichter wie unser Fraktionsvorsitzender Guy Verhofstadt und die beiden liberalen Kommissarinnen Margrethe Vestager (Dänemark) und Violeta Bulc (Slowenien). Dazu kamen liberale Parteiführer aus Ländern, wo der Liberalismus stark unter Druck steht, wie Italien (Emma Bonino) und Ungarn (Katalin Cseh). Mit Luis Garicano von der spanischen Ciudadanos und Nicola Beer wurden zwei nationale Spitzenkandidaten mit ins Team geholt, von denen man gute Wahlergebnisse für die Liberalen erwartet. Besonders erfreulich ist der große Frauenanteil, mit fünf Frauen und zwei Männern.

Die europäischen Konservativen haben mit Manfred Weber von der CSU einen Deutschen nominiert. Die europäischen Sozialisten setzen auf den sehr charismatischen Niederländer Frans Timmermans, der als Vize-Kommissionspräsident bisher Jean-Claude Juncker zur Seite stand. Die Grünen treten mit einer traditionellen Doppelspitze an: Ska Keller (Deutschland) und Bas Eickhout (Niederlande). Die Parteienfamilie, die am besten in den Europawahlen abschneidet, kann ihre/n Spitzenkandidaten/in als Kommissionspräsidenten/in vorschlagen.

„Ozean-Tage“ in Brüssel:

Ocean Dialogue mit jungen Wissenschaftlern

Montag bis Mittwoch der vorletzten Woche standen für mich ganz im Zeichen der Meerespolitik. Es begann gleich Montag Nachmittag mit einer Teilnahme an den sehr gut besuchten "Ocean-Dialogues" im Zentrum von Brüssel. Junge (und auch einige ältere) Wissenschaftler und "Meeresaktivisten" aus ganz Europa trafen sich zu einer 2-tägigen Ideenwerkstatt mit vielen interaktiven Workshops. Leitthema war "Ocean literacy", also Wissen über den und Interesse am Ozean, ausgehend von den Erfahrungen in verschiedenen Projekten wie Marina und ResponSEable (später mehr dazu). Warum sind Ozeane wichtig für uns? Wie können wir Menschen für das Meer und seinen Schutz begeistern? Welche Aktionen / Veranstaltungsformen bieten sich an? Was hat sich bewährt, was nicht? 10 Ozean-Botschafter stellten die Ergebnisse Dienstag Vormittag vor - und zogen dann mit ihren Ausstellungswänden weiter in das Europaparlament, denn dort gab es jetzt die

1. Ozeankonferenz im Plenarsaal: "Oceans - The Future of the Blue Planet"

Mehr als 1000 Besucher (darunter auch Schulklassen) im vollbesetzten Hemicycle und auf der Tribüne, Übertragung per Webstream in ganz Europa, internationale hochrangige Referenten, darunter Parlamentspräsident Antonio Tajani, Meereskommissar Karmenu Vella, Wissenschaftskommissar Carlos Moedas, die Vizepräsidentin der Europäischen Investitionsbank (EIB), 2 junge Vertreter der belgischen Klimamärsche - die 1. Ozeankonferenz des Parlaments, für die ich mehrere Monate hartnäckig gekämpft hatte, war ein voller Erfolg. Unter Beteiligung von vielen Abgeordneten, Wissenschaftlern wie Peter Herzig vom GEOMAR, des IOC-UNESCO, Vertretern aus Verbänden, NGOs und der maritimen Wirtschaft wurden Strategien für die Zukunft des größten Teils unseres blauen Planeten diskutiert. Es war eigentlich wie bei meinen vielen SEARICA-Konferenzen, nur viel größer, übersetzt in alle europäischen Sprachen - und vor

allem unübersehbar mit Stelltafeln überall in den Fluren angekündigt. Ein schöner Abschluss kurz vor Mandatsende!

Erfolgreiche Projekte: Marina und ResponSEable

Wieder als SEARICA-Konferenz und ausschließlich - wie meistens - auf englisch befassten wir uns abschließend am Mittwoch mit dem Ergebnis von zwei EU-geförderten Projekten. Bei Marina ging es um "Responsible Research and Innovation", verantwortliche Forschung und Innovation im maritimen Sektor - aber auch darum, dies im Schulterschluss mit der Gesellschaft vorzunehmen und dadurch breites Interesse und Verständnis zu erreichen. Letzteres war und ist auch ein Ziel von ResponSEable, dem Projekt mit dem schönen Untertitel "Meeresschutz - unsere kollektive Verantwortung, unser gemeinsames Interesse" (protecting the ocean - our collective responsibility, our common interest). In Veranstaltungen zu unterschiedlichsten Themen (ähnlich SEARICA) wie Mikroplastik, Meeresenergie, Ballastwasser, Fischerei und Aquakultur wurden nicht nur Inhalte vermittelt, sondern auch darauf geachtet, was in welcher Form beim Publikum das meiste Interesse weckt und die größte Begeisterung auslöst. Natürlich wird mit jeder Konferenz die "Meeresfamilie" größer - und das ist gut so, denn nicht nur ich bin überzeugt: die Ozeane sind wichtig für unsere Zukunft. Und wenn wir es schaffen, dass die Menschen die Meere kennen- und lieben lernen, werden sie auch pfleglich mit dieser größten Ressource unseres Planeten umgehen.

Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform

- **Demnächst im Trilog (aber wohl erst nach der Europawahl):**
HTA (Gesundheitstechnologien – ALDE-Berichterstatteerin), Trinkwasserqualitäts-Richtlinie
- **Im Ausschuss:**
Mobility Package zum Straßengüterverkehr (Lenk- und Ruhezeiten - Schattenbericht, Entsendung, Maut, Kabotage), Finanzierung nachhaltiger Investitionen

III. Aus Deutschland und aller Welt

Hildesheim: Klima, Urheberrechte, Frauennetzwerk

Beim Landesparteitag der Freien Demokraten Niedersachsen standen dieses Mal zwei Themen besonders im Fokus: Klimawandel und Urheberrechte. Der Klimaanspruch gab einen Fahrplan für uns Liberale vor, wie wir in Niedersachsen (und darüber hinaus) dazu beitragen können, die jeweils auf den Klimakonferenzen vereinbarten Ziele zu erreichen. Denn unabhängig von den „Klimamärschen“ der Jugendlichen in der „Fridays for future“-Bewegung prägen Überlegungen zur Einsparung von Emissionen, Energie und Abfall sowie neue ressourcenschonendere Produktionen und mehr Recycling mittlerweile zu Recht viele politische Debatten.

Und da die Abstimmung zum Trilogiergebnis über die Copyrightreform in Straßburg unmittelbar bevorstand, gab es nicht nur eine von den Julis organisierte wie immer plastisch in Szene gesetzte Demonstration (alle mit blauem Klebestreifen über dem Mund) gegen eine Internetzensur, sondern auch einen von unserem Hannoveraner Europakandidaten Niklas Drexler formulierten Entschließungsantrag zum Thema, den ich mit unterzeichnet hatte und der mit großer Mehrheit verabschiedet wurde.

Mit ausgelöst durch die breit angelegte Debatte „die FDP soll weiblicher werden“ hatte unsere Bundestagsabgeordnete und Landesvorsitzende der Liberalen Frauen Ulla Ihnen erstmals zu einem Frauennetzwerktreffen eingeladen. Wir hatten einen lebhaften Erfahrungsaustausch, und am Schluss war klar: solche Treffen werden wir jetzt regelmäßig abhalten.

Paris: AtlantOS-Konferenz bei der UNESCO

Vom 7. Stock der UNESCO hat man einen hervorragenden Panorama-Blick auf Paris, nicht nur auf den nahe gelegenen Eiffelturm, sondern auch in der Ferne auf Sacre Coeur. Nicht sehen kann man von dort aus natürlich den atlantische Ozean - aber um den ging es in dieser Konferenz, zu der die IOC (Intergovernmental Oceanographic Commission) der UNESCO gemeinsam mit der Europäischen Kommission eingeladen hatte.

Vorgestellt wurden die bisherigen Ergebnisse des von der EU geförderten Projektes AtlantOS (Laufzeit April 2015 bis Juni 2019). Ziel ist es, gemeinsam eine integrierte Ozeanbeobachtung ausgehend vom Nordatlantik zu entwickeln und in eine globale Strategie einzubinden. Unter der Leitung von Professor Martin Visbeck aus dem GEOMAR in Kiel arbeiten 62 Forschungsinstitute unter Einbeziehung von Unternehmen gemeinsam mit der EU-Kommission an einer kontinuierlichen Verbesserung der Datenlage. 18 Länder sind beteiligt, 13 aus der EU. Da mittlerweile der gesamte Atlantik einbezogen wird, waren bei der Konferenz neben Kanada mit Argentinien, Brasilien und den kapverdischen Inseln auch Vertreter der Südhalbkugel dabei. Ich war eingeladen, um das Ganze aus der Sicht des Europäischen Parlaments zu kommentieren, von unseren SEARICA-Aktivitäten zu berichten und Ausblick auf den nächsten Forschungsrahmenplan Horizon Europe zu geben. Denn natürlich muss es mit der Ozeanbeobachtung weitergehen!

Hameln: Brexit, Reform der EU und Plastikmüll

Eigentlich sollte ich eine Powerpoint-Präsentation zur Bedeutung der Meere und über Plastikmüll zeigen und diskutieren - nach einem kurzen allgemeinen Teil zur aktuellen Lage der EU. Die Schwerpunktsetzung der lebhaften Runde verlief dann genau andersrum. Zu Beginn stellte der erst 18jährige Hamelner FDP-Kandidat Moritz Mönkemeyer sich und seine Ideen für die Zukunft der Europäischen Union vor. Ich ging kurz auf die Vorteile der EU und aktuelle Politik ein - Brexit, Copyright, Digitalisierung etc.. Es schloss sich dann eine ausführliche Diskussion an über Glühbirnenverbot, Gurkenkrümmung (wobei die Gurken seit 2008 wieder frei wachsen dürfen), Lobbyismus, Bürokratie durch DSGVO (Datenschutz-Grundverordnung) und andere "Brüsseler" Regelungen. Und viele Fragen kamen auf, zum Beispiel: Warum bekommt jedes Land automatisch 1 Kommissar/in? Wann hört der Reisezirkus zwischen Brüssel und Straßburg endlich auf? Warum klappt es noch nichtmal in Deutschland mit dem digitalen Netzausbau? Der Abend verlief dadurch zwar anders als geplant. Aber gerade im Vorfeld der Europawahl finde ich es gut, neben den Vorteilen und Errungenschaften der EU auch auf die durchaus vorhandenen und bekannten Schwä-

chen hinzuweisen und mögliche Änderungen zu diskutieren. Denn natürlich kann man Europa noch "besser machen" und reformieren, das wollen auch wir Liberalen im nächsten Mandat. Und ganz am Schluss ging es dann doch noch ums Meer.

IV. Terminvorschau

1.-4.4.	Brüssel	Ausschüsse, Miniplenium, Pressekonferenz
3.4.	Brüssel	SEARICA-Konferenz: Valuing Marine Ecosystem Services
8.-11.4.	Brüssel	Ausschüsse, Fraktion
9.4.	Brüssel	SEARICA-Konferenz: Maritime Achievements and Future Challenges (letzte SEARICA-Konferenz)
15.-18.4.	Straßburg	Plenum, Fraktion

1. April 2019